

Schüler wünschen mehr Gerechtigkeit

Die Evangelische Oberschule Schöneck beteiligte sich gestern an einem sachsenweiten Protest unter dem Motto: „Noch so viel Schuljahr am Ende des Geldes.“

Von Katrin Mädler

Schöneck Das hören Lehrer doch sicher gerne: Als sich gestern rund 200 Schüler auf dem Sportplatz der Evangelischen Oberschule versammelten, trat Franco Holzinger aus der 10. Klasse ans Mikrofon: „Unsere Lehrer leisten keine andere Arbeit als ihre Kollegen an staatlichen Schulen, trotzdem bekommen sie weniger Geld. Das ist nicht in Ordnung, denn wir können stolz auf unsere Lehrer sein.“ Kaum hatte er geendet, brach Applaus los. Über 260 Unterschriften hatten die Schönecker für eine Petition gesammelt, die im Rahmen des Aktionstages für die Finanzierung freier Schulen in Sachsen entstand. Der Protest sollte zeigen: Heute ist das Geld für dieses Schuljahr aufgebraucht. „Wir könnten nach Hause gehen, aber was wird dann aus euch, aus eurer Bildung“, fragte Nicol Georgi, Geschäftsführerin vom Träger der Schule, dem Obervogtländi-



Als freie Schule hat es die Evangelische Oberschule in Schöneck nicht einfach – gestern beteiligten sich Schüler und Lehrer an einem Aktionstag für eine faire Finanzierung. Foto: K.M.

schen Verein für Innere Mission in Oelsnitz. Sie betonte: Freie Schulen hätten den gleichen Bildungsauftrag wie staatliche Schulen, kämen durch die geringe finanzielle Unterstützung aber in Finanznöte. Sie sprach von Lehrern, die sogar zeitweise ehrenamtlich tätig sind. Auch Eltern meldeten sich zu Wort, darunter

Claudia Bangert aus Schöneck: „Das Konzept der Schule, wie freundlich und herzlich Schüler und Lehrer miteinander umgehen, hat uns vor zwei Jahren überzeugt unseren Sohn hierher zu schicken.“ Dabei werden monatlich 60 Euro Schulgeld fällig. Dessen Abschaffung forderte Nicol Georgi ganz konkret: „Der sächsi-

sche Verfassungsgerichtshof hat 2013 eindeutig eine Gleichbehandlung aller Schulen vorgeschrieben. Wir fordern eine Gesetzesänderung.“ Da nach Angaben der Schule schon über 16.000 Unterschriften sachsenweit eingegangen sind, dürfte sich der Landtag mit diesem Thema neu befassen müssen.

UA, 16.08.15